

Ob dies der richtige Zeitpunkt für eine solche Reformdebatte ist, ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits ist eine Politik im Zeichen der Brandsätze selten ausgewogen und der vorherrschende Alarmismus ließe keine reflektierte Debatte erwarten. Andererseits ist das deutsche Einwanderungsrecht (auch in seinen internationalen Bezügen) selbst in Bewegung und das Aufeinanderprallen von Flüchtlingschutz, Migrationskontrolle und der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe lässt

grundsätzliche Fragen des Einwanderungsrechts aufscheinen.

Schließlich könnte eine Debatte über die Ziele des deutschen Migrations- und Einwanderungsrechts auch zu einem besseren Selbstverständnis dieser Gesellschaft führen. Wenn darüber hinaus aus einer solchen Debatte ein Einwanderungsrecht entstünde, das verständliche und verlässliche Regeln und Grundsätze auf- und sicherstellen würde, wäre ein weiterer großer und notwendiger Schritt getan.



Marcel Berlinghoff

ist Historiker und Mitglied am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Derzeit koordiniert er das DFG-Netzwerk »Grundlagen der Flüchtlingsforschung«.

Marcel.Berlinghoff@uos.de

Richard Meng

Ticken wir anders?

Die Flüchtlingsdebatte legt so manche Selbsttäuschung offen – und es geht um viel

Es gab deutsche Begriffe, die Eingang in den internationalen Alltagswortschatz fanden. Die berühmte englische Vokabel *kindergarten* etwa. *Willkommenskultur*, so sieht es aus, wird einstweilen eher nicht dazu gehören. Bestenfalls wird man es als Bezeichnung für etwas typisch deutsches sehen, das man anderswo nicht so recht versteht. Denn immer deutlicher zeigt sich in der Flüchtlingsdebatte: Die emotionale Wahrnehmung der aktuellen Herausforderungen unterscheidet sich in Europa von Land zu Land sehr stark, sodass auch situationsbedingte Stimmungsreflexe sehr unterschiedlich ausfallen können.

Ticken wir Deutschen anders? Die rasante Kehrtwende in der Atompolitik nach dem Reaktor-Crash von Fukushima 2011 ist ein anschauliches Beispiel für die deutsche Praxis der Krisenbewältigung. In den meisten europäischen Ländern hat sich an

der Energiepolitik seither nicht viel geändert, weder an ihrer empfundenen Bedeutung noch an ihren Prioritäten. In Deutschland aber war die Welle der wiederauflebenden Anti-Atom-Stimmung so groß, dass DIE GRÜNEN im CDU-Stammland Baden-Württemberg führungsfähig wurden und die Strategen in Angela Merkels Kanzleramt zu der demoskopiegesicherten Erkenntnis kamen, dass nur ein radikaler Schwenk in Richtung Atomausstieg einen Meinungsumschwung zugunsten von Rot-Grün auf Bundesebene verhindern würde.

Man könnte diesen besonderen deutschen Reflex rückblickend für eine große Stärke halten. Denn erst durch den Paradigmenwechsel wurde der Weg frei für die konsequente Wende in Richtung erneuerbare Energien – und daraus wird inzwischen sowohl umweltpolitisch als auch technologisch und exportwirtschaftlich

ein dauerhaftes Plus. Ähnlich kann es – in einer ansonsten schrumpfenden, alternenden Gesellschaft – mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sein, zumindest mittel- und langfristig betrachtet. Kurzfristig aber zeigt sich doch auch: Beim Blick auf die europäischen Nachbarn und deren Bereitschaft, ähnlich wie hierzulande zu reagieren, gab und gibt es in Deutschland so manche Selbsttäuschung.

Auf der rein empirischen Ebene fällt auf: Um uns herum wird in der Tagespolitik viel weniger wertorientiert gedacht und gehandelt. Es gibt stärkere Argumente materieller und nationalegoistischer Art, begründbar oft durchaus mit dem real existierenden Wohlstandsabstand. Inzwischen wird diese Differenz mitunter auch in der deutschen Debatte gespiegelt. Manchmal seriös, etwa beim Soziologen Heinz Bude und seiner These vom »gefühlprägenden Angstfaktor in einer individualisierten Gesellschaft«. Manchmal eher unseriös, wie bei Günter Ogger und seiner These von der »deutschen Moraldiktatur«.

Was stimmt ist, dass sich die Gesellschaften Europas in sehr unterschiedlichen Entwicklungsphasen befinden, was beispielsweise den generationenübergreifenden und räumlichen Zusammenhalt von Familien angesichts immer individuellerer Lebenswege betrifft, genauso wie in den Bereichen Lebensvielfalt und -liberalität. Gleiches gilt für die Säkularisierung. Diese Ungleichzeitigkeit gilt innerhalb der Gesellschaften natürlich genauso, nur eben mit sehr unterschiedlicher Gewichtung.

Auch in Deutschland gibt es kulturelle Randregionen – meist eher ländliche –, in denen die Menschen die Dinge (noch) anders und weniger weltoffen wahrnehmen als in den meinungsprägenden Ballungsräumen. Damit spielen sie aber in der Gesamtöffentlichkeit kaum eine Rolle – bis dann wieder einmal festgestellt wird, dass es auch bei uns noch – leider oder Gott sei Dank? – funktionierende »Schweigespiralen« (Bude verwendet hier den von Elisabeth

Noelle-Neumann geprägten Begriff) gibt, die Chauvinismen aller Art in gesellschaftlichen Ruhephasen unsichtbar machen.

Was auch stimmt ist, dass in vielen westeuropäischen Gesellschaften die europäische Integration wohl doch eher als materielle Zugewinnchance im eigenen nationalen Rahmen verstanden worden ist und weit weniger, wie in Westdeutschland, als schrittweiser Souveränitätsverzicht. Zumal in Osteuropa (einschließlich Ostdeutschland) nach 1989 die Menschen in EU und NATO vor allem die Garantien und Schutzmächte einer im Grunde eher national empfundenen Selbstbefreiung sahen, dass aus Satelliten wieder Nationalstaaten wurden und offene Grenzen den Besuch in anderen Nationalstaaten erleichterten. Auf der Gefühlsebene waren es eher parallele nationale Revolutionen mit etwas europäischer Rhetorik, wobei diese offenbar eher mit der Attraktivität von EU-Geld und NATO-Schutzschirm als mit kultureller Öffnung zu tun hatte.

Wenn der ungarische Rechtspopulist Viktor Orbán jetzt immer betont, sein Volk *wolle* sich nun mal nicht ändern (und die Deutschen seien ja frei, das für sich anders zu sehen), spiegelt er damit einen realen Kern dieses Mehrheitsgefühls – so bitter das auch ist. Und viele Nachbarn im Westen betrachten die Themen Zuwanderung und Integration gemäß ihrer historischen Prägung skeptischer als Deutschland, das seine Migranten anfangs ausdrücklich ins Land rief und sich später dann den Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens – wenn auch zögerlich – stellte.

Die Nachbarn im Osten aber haben – neben ihren teils eigenen traditionellen ethnischen Spaltungen, an deren Überwindung wahrlich nicht viel gearbeitet wird – überhaupt keine gelebten Migrationskulturen. Und – von urbanen, gebildeten Minderheiten abgesehen – auch wenig Verständnis dafür. Das alles bedeutet nun gerade nicht, dass die EU es aufgeben darf, endlich auch in diesen politisch-kulturellen

Wahrnehmungsfragen an neuer Gemeinsamkeit zu arbeiten. Im Gegenteil, sie tut dies viel zu uninspiriert und zu langsam.

Aber was bedeutet »sie«, wenn von der EU die Rede ist? Unterhalb der Bürokratien sind es die Gesellschaften. Und da müssen sich alle bewusster werden, wie viel Zeit es noch brauchen wird, bis gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Europa, wenn schon nicht gleich, denn dazu sind die Unterschiede noch viel zu groß, so doch wenigstens gleichgerichteter ablaufen werden. Selbst die griechische Finanztragödie ist letztlich ein Beispiel dafür, was gesellschaftspolitisch passieren kann, wenn man die realen kulturellen Unterschiede ausblendet und nicht parallel zur institutionellen Integration mit dem Ziel an ihnen arbeitet, sie durch Öffnungsprozesse abzubauen, statt sie, wie es derzeit geschieht, immer wieder neu zu betonen.

Das zeigt die fundamentale Bedeutung und Spannung der aktuellen Flüchtlingsdebatte in Deutschland: Im Grunde fordern die Rechtskonservativen und -populisten in Orbáns Sinne eine Art Veränderungsausschluss. So wie man im Westen einst Gastarbeiter wollte, aber keine Zuwanderung aus anderen Kulturen. So wie sich in Teilen des Ostens manche bis heute (und vielleicht darüber hinaus) an einem Deutschland-den-Deutschen-Gefühl festhalten. Und so wie manche neuerdings ausgerechnet den Potentaten Wladimir Putin dafür bewundern, dass er so ein lupenreines Russland-den-Russen-Gefühl verkörpert und durchsetzt.

Auf diesem verqueren, nun doch wieder so zerklüfteten kleinen Kontinent wird die Sache nicht dadurch leichter, dass die deutsche Wirtschaftsstärke bei objektiver Betrachtung anhaltend auf der Wirtschaftsschwäche vieler anderer aufbaut;

dass jede deutsche Moralkeule immer auch mit diesem Befund konfrontiert werden wird wie auch mit dem Verweis auf das eigene historische Moralversagen, an dem wir uns immer neu abarbeiten müssen und niemals eingewaschen sein werden.

In Europa sind wir weniger weit, als es Europas institutionelle Ideale vorgeben. Bei keinem anderen Thema lässt sich das so einschlägig und so deprimierend ablesen wie bei der dringend nötigen fairen Verteilung der Flüchtlinge. Die Deutschen – jedenfalls diejenigen aus dem »hellen« Deutschland – erleben dies inzwischen mit Verblüffung und Ratlosigkeit. Aber das macht passiv, dabei darf es nicht bleiben.

Ja, wir ticken (etwas) anders, und das ist eher gut als schlecht so. Wir sollten uns noch mehr verpflichtet fühlen, für diese Haltung in Europa massiv zu werben; was aber nur funktionieren kann, wenn wir Vorbild sind und zeigen, was Öffnung und Veränderung positiv bewegen. Deshalb ist der Ausgang der innenpolitischen Debatten über »wir schaffen das« oder »wir schaffen das nicht«, über Grenzen der Solidarität und die Zukunft der Grenzen so wichtig. Denn nicht nur wir schauen jetzt manchmal irritiert auf andere. Die anderen schauen höchst interessiert auf uns. Und darauf, wer sich am Ende bestätigt fühlen wird und wer nicht.

Vieles spricht dafür, dass all dies bei einer europäischen Gesamtbetrachtung unter dem Strich einen Fortschritt ergeben wird. Aber sicher ist das nicht. Und hinsichtlich der Ausgangssituation gibt es für Selbsttäuschung keinen Grund mehr. In der Auseinandersetzung mit den Viktor Orbáns des Kontinents, im In- und Ausland, geht es ums Große und ums Ganze. Untrennbar um Nation *und* Europa. Und immer wieder neu um die Richtung. Gut so.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de